



# Leseprobe

WESTEND

WOLFGANG HETZER

**IST DIE  
DEUTSCHE BANK EINE  
KRIMINELLE  
VEREINIGUNG?**

**LEISTUNG, DIE  
LEIDEN SCHAFFT**

**WOLFGANG HETZER**

**IST DIE  
DEUTSCHE BANK  
EINE KRIMINELLE  
VEREINIGUNG?**

**WESTEND**

# Inhalt

Vorwort	7
Vorgeschichte	14
Schuld und Schande	27
Versager und Verbrecher	46
Gesetz und Gebot	65
Marktmacht und Mafiamitglied	71
Geldwäsche und Gangster	94
Bestrafung und Bewährung	121
Dogma und Defizit	154
Schlussbemerkungen	192
Literatur	202
Anmerkungen	214

# Vorwort

»Gewohnheitsverbrecher« oder »Trieftäter« waren bislang keine Begriffe, die Assoziationen mit dem Beruf des Bankers ausgelöst haben. Im Gegenteil: Der fast schon sprichwörtliche »Bankbeamte hinter dem Schalter« war zumindest in Deutschland über viele Jahrzehnte der Inbegriff der Genauigkeit, der Kompetenz und der Vertrauenswürdigkeit. Und wer konnte seriöser sein als der »Bankdirektor«, der uns alle, Sparer und Unternehmer, fast schon fürsorglich durch alle Lebenslagen begleitet hat?

Heute zählt der Berufsstand der »Banker«, der mit dem »Bankier« alter Art schon lange nichts mehr gemein hat, zu denjenigen, denen – völlig zu Recht – größtes Misstrauen, wenn nicht Verachtung entgegenschlägt. Das liegt nicht daran, dass sich alle Banker in Gewohnheitsverbrecher oder Trieftäter verwandelt hätten. Die ganz überwiegende Anzahl der in der Finanzbranche Beschäftigten ist hochqualifiziert und rechtstreu – aber keineswegs alle.

Eine Reihe von ehemaligen und aktiven renommierten Finanzexperten, die über große Erfahrung im internationalen Bankwesen verfügen (»Group of Thirty«, G30), haben sich in einem im Juli 2015 veröffentlichten umfangreichen Bericht mit dem Verhalten in der Bankenwelt in jüngerer Zeit und mit dem Begriff der »Kultur« auseinandergesetzt. Ihre wichtigste Erkenntnis steht ganz am Anfang: Banken und das Bankgeschäft beruhen auf Vertrauen. Sie wissen, dass man Jahre braucht, um es aufzubauen, dass es aber innerhalb eines Moments verloren gehen kann,

wenn Fehler und Versagen auftreten, die auf mangelhafte Ethik, Werte und Verhaltensweisen zurückzuführen sind.

Die Ereignisse vor Ausbruch der Finanzkrise haben eine Vielzahl solcher kultureller Fehlleistungen enthüllt. In großen Banken haben sich regelrechte »Subkulturen« gebildet, die für einen weitverbreiteten Reputationsschaden und den Verlust öffentlichen Vertrauens verantwortlich sind. Mittlerweile ahnt man, welche wirtschaftlichen Kosten damit verbunden sind. Es wird aber noch einige Zeit vergehen, bis man wirklich weiß, wie gigantisch hoch der eingetretene Schaden tatsächlich ist. Er wird jedenfalls von der Allgemeinheit zu tragen sein, in manchen Fällen direkt und in anderen durch die Beeinträchtigung der Fähigkeit der Banken zur Kreditgewährung. Banken spielen bekanntlich gleichwohl überall auf der Welt eine entscheidende wirtschaftliche Rolle, weil sie Wachstum, Beschäftigung und unser aller Wohlstand in der Zukunft unterstützen (sollen). Die Mitglieder der G30 bescheinigen ihren Kollegen zwar, dass sie schon erhebliche Anstrengungen unternommen haben, um Führung und Verhalten zu ändern, sie erkennen aber auch, dass es noch wichtige Lücken bei der Verwirklichung gibt. Es bestehe auch die Notwendigkeit, diese Bemühungen fortzusetzen und zu verstärken, um nachhaltig wirksame Ergebnisse zu erzielen.

Der G30-Bericht macht unmissverständlich klar, dass Kulturdefizite durch fragwürdiges Benehmen bei Teilen des Personals und kriminelles Vorgehen in bestimmten Fällen verstärkt wurden. Darunter leide die Gesellschaft nicht nur wirtschaftlich. Die ganze Öffentlichkeit sei »verletzt« worden. Die Mitglieder des höheren Managements und der Aufsichtsgremien seien dadurch auch von der Erfüllung ihrer eigentlichen Pflichten abgehalten worden. Im Hinblick auf Kundenvertrauen, Ansehen und wirtschaftlichen Erfolg befinde sich das Bankgeschäft nach dem Urteil der Verfasser des Berichts im Jahre 2015 auf einem Tiefpunkt. Sie halten die Wiederherstellung des Vertrauens für einen ökonomischen Imperativ und erklären dies für unverzichtbar, um ein

sicheres und effektives Finanzsystem zu betreiben. Die Banken sollten sich daran erinnern, dass der Dienst am Kunden höchste Priorität habe, damit diese ihre finanziellen Ziele erreichen könnten. Banken hätten auch den Gesellschaften und den Wirtschaftsordnungen zu dienen, in denen sie operieren.

Der G30-Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen im Hinblick auf die Änderung der kulturellen Grundlagen des Bankgeschäfts. Sie sind schon wegen ihres grundsätzlichen Charakters und ihrer politisierenden Abstraktionen kein Gegenstand der Analysen dieses Buches, das sich nicht mit der wenig hilfreichen These beschäftigen soll, dass alles gut wird, wenn es alle gut machen. Die Vorstellung, dass ausgerechnet die Bankergeneration, die eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der größten Wirtschafts- und Finanzkrise der neueren Weltgeschichte gespielt hat, mit solchen »Weisheiten« zu beeindrucken wäre, siedelt im Grenzbereich von Naivität und Dummheit.

Das kaum noch erträgliche Gerede vom »Kulturwandel« unter ehemaligen und aktiven Führungsfiguren der Deutschen Bank repräsentiert indessen einen besonders beeindruckenden Gipfelpunkt der Heilkunst, weil doch allgemein bekannt ist, dass weiße Salbe nicht dadurch wirksamer wird, dass man sie nicht zweimal, sondern dreimal am Tag aufträgt. Aber gelegentlich lindert sich die (selbst-)therapeutische Verwirrung durch manche Pressemeldung dann doch:

»In Großbritannien ist der erste Banker wegen Manipulationen des Libor-Zinses für schuldig gesprochen worden. Eine Geschworenengjury verurteilte den einstigen Star-Händler Tom Hayes zu 14 Jahren Haft. Er sei in acht Fällen an einer Verschwörung zum Betrug beteiligt gewesen.

Was dieser Fall gezeigt hat, ist die Abwesenheit jener Integrität, die das Bankwesen charakterisieren sollte«, sagte Richter Jeremy Cooke bei der Urteilsverkündung.

Der Libor ist der Zinssatz, zu dem sich Banken in London untereinander Geld leihen. Er dient zudem vielen Banken weltweit als Referenz, wenn sie die Zinsen für ihre Kunden festlegen. Mehrere

Großbanken hatten den Libor jahrelang zu ihrem Vorteil manipuliert, der Skandal war 2012 bekannt geworden. (...)

Hayes hatte auf nicht schuldig plädiert. (...) Seine Verteidigung argumentierte, Hayes Vorgesetzte hätten von den Manipulationen gewusst, das gesamte System sei unlauter gewesen. Die Anklage dagegen machte Gier als Tatmotiv aus und erklärte, Hayes sei für seine missliche Lage selbst verantwortlich.«<sup>1</sup>

Die Deutsche Bank wäre natürlich nicht zu kritisieren, wenn sie in ernsthafter und erfolgversprechender Weise einen »Kulturwandel« initiiert hätte. Es könnte allerdings auch etwas motivierend wirken, wenn der eine oder andere leitende Angestellte dieses Geldhauses ebenso wie Mr. Hayes zur Verantwortung gezogen würde. Das ist bis dato jedoch nicht absehbar, ändert aber auch nichts daran, dass die Deutsche Bank insgesamt für die Beteiligung etlicher der bei ihr beschäftigten Händler an den Manipulationen wichtiger Referenzzinssätze durch Sanktionen, die insgesamt schon jetzt weit über eine Milliarde Euro hinausreichen, zur Ader gelassen wurde.

Das genügt nicht. Wie bei jeder Bank dürften sich zwar auch bei der Deutschen Bank Lerneffekte zumeist über das Geld (Gewinn und Verlust) einstellen. Davon scheint die Deutsche Bank – trotz wechselhafter Nachrichten über ihre Kapitalausstattung und ihre Geschäftserfolge – aber immer noch genug zu haben. Betrachtet man die Gesamthöhe der bisherigen Sanktionen, Vergleiche, et cetera, die sich bereits jetzt nach den letzten Jahren in einer Höhe von zirka zehn Milliarden Euro bewegen, dann mag man darüber fantasieren, in welcher Höhe sich die inkriminierbaren Geschäfte bewegt haben müssen, deren Verlauf und Ergebnis doch nur in vergleichsweise winziger Höhe (Straf-)Zahlungen nach sich gezogen haben, die durch Aufsichtsbehörden und Gerichte verfügt wurden oder auf die man sich im Vergleichswege geeinigt hat.

Die Deutsche Bank ist nicht nur in ihrem Selbstverständnis eine Bank. Die allermeisten ihrer Mitarbeiter können und sollen stolz darauf sein, dass sie in der größten deutschen Bank gute Ar-

beit leisten. Sie dürften nicht zuletzt deshalb ein ureigenes Interesse daran haben, dass die Kollegen, die aus ihrer beruflichen Heimat partiell ein Geldbordell gemacht haben, zur Verantwortung gezogen werden. Aber es wird nicht genügen, ein paar »schwarze Schafe« zu identifizieren und sich ihrer als »Bauernopfer« zu entledigen.

In den vergangenen Jahren haben die Führungen der Deutschen Bank ein Strafbedürfnis geschaffen, das die gesamte Institution erfasst. In Deutschland wird dieses Bedürfnis in absehbarer Zeit nicht zu befriedigen sein, weil dort im Hinblick auf die Unternehmensstrafe – von einer einzigen Initiative aus Nordrhein-Westfalen abgesehen – das rechtspolitische Mittelalter, vielleicht auch die Steinzeit, noch nicht beendet ist. Das ist nicht länger hinnehmbar, weil besonders das Verhalten der Deutschen Bank in den letzten Jahren die Frage aufgeworfen hat, ob die größte deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung geworden ist oder sich in ein gemeingefährliches Hochleistungszentrum verwandelt hat, in dem eine deliktische Kultur herrscht, die jeder bekannten Mafia-Organisation nicht zuletzt wegen ihrer Schadensträchtigkeit haushoch überlegen ist.

Die Titelfrage dieses Buchs wurde bereits zu Beginn des Jahres 2014 in einem Beitrag für die Zeitschrift *Die Kriminalpolizei* gestellt. An ihrer Dringlichkeit hat sich nichts geändert – die damaligen Feststellungen gelten fort und verdienen daher eine Erinnerung. Schlimmer noch: Es hat sich auch in neuerer Zeit offensichtlich nichts geändert, sodass auch auf jüngere Erwägungen über »Banker zwischen Bestrafung und Bewährung« zurückzugreifen war. Dies gilt übrigens auch für die Geldwäschebekämpfung, deren »Sinn und Unsinn« Gegenstand einer aktuellen Untersuchung in der Fachzeitschrift *Kriminalistik* war. Angesichts der neuesten Geldwäschewürfe gegen die Deutsche Bank scheint man daraus aber immer noch nicht überall die gebotenen Konsequenzen gezogen zu haben. Es bleibt daher nur zu hoffen, dass eine erneute Veröffentlichung endlich einige Lerneffekte auszulösen vermag.

Das Gleiche gilt im Hinblick auf ein Unternehmensstrafrecht. Der Gesetzgeber hat sich durch klare Ausführungen, die teilweise schon vor mehr als fünfzehn Jahren an verschiedenen Stellen nachzulesen waren, nicht beeindrucken lassen und verharnt immer noch in einer skandalösen Duldungsstarre. Vielleicht eröffnen sich mit der konzentrierten Darstellung mancher Einsichten in diesem Buch doch noch Auswege aus einem anscheinend hermetisch geschlossenen Zirkel der Ignoranz und des Unwillens.

Wie auch immer: Die Deutsche Bank wurde vom Autor mehrfach um ein Gespräch gebeten, erfolglos. Dies passt zu der auch sonst von der Deutschen Bank gegenüber der Justiz und Aufsichtsbehörden geübten »Kooperation«, die zumindest phasenweise nicht immer von »Obstruktion« zu unterscheiden ist.

Wenn einem Vorstandsvorsitzenden (Fitschen) nichts anderes einfällt, als beim Ministerpräsidenten des Landes Hessen anzurufen, um ihm sein Missvergnügen über die Durchführung einer richterlich angeordneten Hausdurchsuchung beim Hauptsitz der Deutschen Bank in Frankfurt am Main mitzuteilen, so als ob ein »Potentat« darüber zu entscheiden hätte, ob die Justiz ihre Pflicht tut, muss man sich im Übrigen weder über Rechtsbewusstsein noch über Manieren in der Deutschen Bank Gedanken machen.

Auch die folgenden Ausführungen können die angedeuteten Fragen trotz mancher vorausgegangener Versuche nicht mit letzter Sicherheit beantworten. Es wäre daher wohl nicht zulässig gewesen, sie unter folgenden Titel zu stellen:

»Die Deutsche Bank ist eine kriminelle Vereinigung!«

Das ändert nichts daran, dass in manch einem Presseartikel genau diese Frage gestellt wird. Solange der Gesetzgeber nicht die Voraussetzungen schafft, die für ein strafrechtliches Vorgehen gegen die Deutsche Bank als Unternehmen notwendig sind, geht die Frage nach einer Bestrafung des gesamten Instituts allerdings ins Leere.

Dieses Buch wäre ohne die ambitionierte Idee und das gnadenlose Insistieren des Geschäftsführers des Westend Verlags Markus Karsten nicht entstanden. Es ist nicht sicher, ob »Dankbarkeit« hierfür die richtige Reaktion ist. Dank gebührt dagegen meinem geplagten Lektor Michael Schickerling, dem wachsamen Henning Kniesche und vor allem der geduldigen Susanne.

*Wolfgang Hetzer*

*Wien im August 2015*

# Vorgeschichte

Die Deutsche Bank muss liquidiert werden! Diese Forderung besteht schon lange. Bereits 1946/47 äußerte sich eine Dienststelle der Militärregierung der Vereinigten Staaten von Amerika für Deutschland in aller Deutlichkeit:

»Es wird empfohlen, dass:

1. die Deutsche Bank liquidiert wird,
2. die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,
3. die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.«<sup>1</sup>

Mit diesen Empfehlungen schloss das Office of Military Government for Germany (»OMGUS«), vertreten durch die Finance Division, Financial Investigation Section, seinerzeit einen Bericht über ihre Ermittlungen gegen die Deutsche Bank ab (*OMGUS-Report*). Die Dokumentationsstelle zur NS-Politik in Hamburg hat den Bericht übersetzt und bearbeitet, Hans Magnus Enzensberger hat ihn im Jahr 1985 herausgegeben.

Die Empfehlungen wurden bekanntlich nicht umgesetzt. Aber das gilt nur als Fazit nach vier Jahrzehnten westdeutscher Bankengeschichte, nicht für die Jahre, in denen sich die »Adenauer-Restauration« erst einmal durchsetzen musste. Als der ehemalige amerikanische Militärgouverneur für Deutschland Lucius D. Clay

sich veranlasst sah, dem seinerzeit von einem Journalisten aus der DDR bedrängten prominenten »Deutsch-Banker« Hermann Josef Abs schriftlich zur Hilfe zu eilen, ließ er den zeitweiligen Erfolg des *OMGUS-Reports* unerwähnt, möglicherweise um das sofortige juristische Scheitern des Vorstoßes seiner Finanzabteilung besonders wirken zu lassen. In einem Brief vom 19. April 1971 an Abs teilte Clay mit, dass der Bericht über die Deutsche Bank von einer Sondergruppe innerhalb der Finanzabteilung der Militärregierung verfasst worden sei. Diese Abteilung habe die deutschen Kreditinstitute grundsätzlich im Hinblick auf eine gesetzliche Neuordnung des Bankwesens überprüft, und der Bericht habe genau diesem Zweck gedient. Clay erklärte auch, dass die Finanzabteilung für die Einleitung von Verfahren gegen deutsche Unternehmen oder Personen nicht zuständig sei, sondern die Rechtsabteilung. Ihr könne die Finanzabteilung Empfehlungen unterbreiten. Man hätte Clay diese nur vorgelegt, wenn die Rechtsabteilung sie gebilligt hätte. Ihm sei aber keine von der Rechtsabteilung ausgegangene oder gebilligte Empfehlung zur Einleitung eines Verfahrens gegen die Deutsche Bank oder irgendein Mitglied ihrer Verwaltung vorgelegt worden. Clay hat auch keine entsprechende Anordnung getroffen.

Im Hinblick auf die Bankenpolitik der US-Militärregierung verhielt es sich etwas anders: Mit Hilfe des *OMGUS-Reports* und weiterer Untersuchungen über die Rolle der Großbanken im Nationalsozialismus gelang es der Finanzabteilung, das Gesetz Nr. 57 durchzubringen, das die Großbanken von ihren Zentralen abtrennte, regionalisierte und unter Aufsicht stellte. Der erste Schritt zur Wiederherstellung des alten Zustands gelang den Großbanken allerdings schon wieder im Jahre 1952.<sup>2</sup>

Inzwischen wissen die meisten Deutschen, dass in der Politik selbst tausend Jahre nur einen Wimpernschlag lang sein können. Kurz vor Beginn der letzten tausend Jahre war die Situation der Banken in Deutschland entscheidend von der seinerzeitigen Bankenkrise bestimmt, der größten Katastrophe der deutschen

Bankgeschichte im Juli 1931. Das Sozialprestige der »Bankiers« – die gab es damals noch, während man heute nur noch »Banker« findet – war damals tief gesunken. Zudem mangelte es auch an Kapital und Unternehmungsgeist. Der Auftritt des Kanzlers des Reichs und Führers der deutschen Nation, Adolf Hitler, brachte in vielerlei Hinsicht »Bewegung« in die Sache: Nicht nur die jüdischen Bankiers schieden sofort aus oder zogen sich langsam aus dem Bankgeschäft zurück. Anders als für die Industrie bewirkte die »Machtergreifung« – die wohl eher eine »Machtübergabe« der sogenannten Eliten an Adolf Hitler war –, zum Beginn des Jahres 1933 auch eine allgemeine Gefährdung der Banken in Deutschland. Die rabiatischen Mittelstandsideologen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) verfolgten die Banken – unabhängig von jüdischen Anteilen – hasserfüllt als »raffendes Kapital«. Es gelang dem damaligen Präsidenten der Reichsbank Hjalmar Schacht, gewalttätige Übergriffe zunächst zu verhindern. Er schützte gleichzeitig Hitler vor seinen »alten Kämpfern« und sicherte dessen kreditpolitische Ambitionen ab. So trug er entscheidend zur Finanzierung der Aufrüstung bei.

Nur noch die Reichsbank verfügte seinerzeit über Möglichkeiten der Kreditgewährung, da kein Auslandskapital verfügbar war und die Banken ansonsten darniederlagen. Sie nutzte ihre Möglichkeiten nicht nur zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung, sondern auch für finanztechnische Kriegsvorbereitungen (»Mefo-Wechsel«) und brachte bis 1938 insgesamt zwölf Milliarden Reichsmark in Umlauf. Als Schacht in der unter Karrieristen verbreiteten Mischung aus Naivität, Gemeinheit, Feigheit und rechtzeitiger »Reue« im Jahre 1939 auf die mit dieser Politik verbundene Inflationsgefahr hinwies und die Einlösung der Mefo-Wechsel forderte, war seine Karriere zu Ende. Sein Führer hatte sich zwischenzeitlich anscheinend selbst einige Kenntnisse in Finanzfragen zugelegt und ließ die Reichsbank kurz nach der Entlassung von Schacht gesetzlich verpflichten, jederzeit die finanziellen Bedürfnisse des Reichs zu befriedigen – es begann

eine ungehemmte Schuldenwirtschaft. Die Inflation griff zwar um sich, wurde aber während des Zweiten Weltkriegs durch drakonische Preis- und Lohnkontrollen zurückgestaut.

Das Dritte Reich hatte keine Kreditprobleme. Dafür sorgte an zentraler Stelle die Reichsbank, in deren Windschatten die Banken eher vorsichtig segelten. Dieser Sichtweise scheint der *OMGUS-Report* völlig konträr gegenüber zu stehen.<sup>3</sup> Darin wurde der Deutschen Bank eine Schlüsselstellung zugewiesen. Sie habe das Reich mit riesigen Fonds für Wiederaufrüstungszwecke versorgt und, noch schlimmer, der deutschen Regierung mehr als einmal als institutionelle Speerspitze bei der wirtschaftlichen Durchdringung der annektierten, okkupierten und völlig abhängig gemachten Länder Europas gedient.

Dem Bericht wird ein »eigenartig zwitterhafter« Charakter attestiert. Ungeachtet seiner harschen Empfehlungen war er keine Anklageschrift. Man unterstellt seinen Autoren, dass sie vielleicht deutsche Sprachkenntnisse, aber nur wenig Ahnung von der deutschen Wirtschaft hatten. An ihrer politischen Einstellung besteht bei manch einem Kritiker kein Zweifel, entstammten sie doch dem Finanzministerium in Washington, an dessen Spitze damals Henry Morgenthau stand – ein Zeitgenosse, der Deutschland in einen Agrarstaat verwandeln wollte.

Als Stein des Anstoßes galt das deutsche Universalbankensystem, also die enge Verbindung von Kreditgeschäft, Emission und Handel von Wertpapieren sowie die direkte Einflussnahme auf die Industrie. Diese Kombination war aus amerikanischer Sicht von vorneherein verdächtig. Bei der Deutschen Bank bestand zudem eine entsprechende Konzentration, die im (damals) modernen amerikanischen Bankenwesen unbekannt war. Den Verfassern des *OMGUS-Reports* war die angeblich verderbliche Zielsetzung der Bank schon im Gründungsjahr 1870 ersichtlich, gilt es ihnen doch als »ein Jahr von historischer Bedeutung für die großdeutsche Bewegung, weil es das Jahr der deutschen Einigung unter Bismarck war und die Ära des deutschen Imperialismus ein-

leitete«. Für die Zeit nach 1933 erkennen sie ein »spektakuläres Wachstum«, das sie als eigenen Beitrag der Deutschen Bank zur Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs einstufen. Es gibt jedoch Zweifel daran, dass die Deutsche Bank aus freien Stücken die Schuldtitel eines der Katastrophe entgegentaumelnden Staats entgegengenommen hat. Im Jahr 1933 betrug ihre Aktiva rund drei Milliarden, im Jahr des Vorkriegsbooms 1938 waren es erst 3,7 Milliarden, 1944 aber 11,3 Milliarden Reichsmark. 80 Prozent davon bestanden in Schatzwechseln und anderen Schuldverschreibungen der öffentlichen Hand und der Reichsbank.

Der *OMGUS-Report* geht von folgender Alternative aus: Entweder die Deutsche Bank hätte in dieser Zeit ihre Geschäfte in herkömmlicher Weise fortführen können, ohne sich dabei besonders um Hilfe für die Reichsregierung zu bemühen, oder sie hätte das ganze Gewicht ihrer Organisation für die Unterstützung von Partei und Staat aufbieten können. Wegen ihrer angeblichen »nationalistisch-militaristischen Einstellung« wird ihr Letzteres unterstellt. Aus der Konstruktion dieser »schiefen Alternative« leitet ein Analytiker ab, dass man die Verhältnisse in Deutschland konsequent missverstanden hätte. Eine Fortsetzung der herkömmlichen Geschäfte erscheint ihm damals als unmöglich, die Verweigerung der Annahme eines Mefo-Wechsels als praktisch undenkbar. Die Alternative dazu gilt ihm als »leere Behauptung«, zumal man gar nicht erst den Versuch gemacht habe, das besondere Engagement der Deutschen Bank im Vergleich mit anderen Bankinstituten – der Dresdner Bank wurde der Beiname »SS-Bank« gegeben – herauszuarbeiten.

Dem Bericht wird Widersprüchlichkeit sowie eine schwache und eher zufällige Quellenbasis vorgeworfen. Das erkannten die Autoren allerdings selbst, etwa im Hinblick auf die Auslandstätigkeit der Deutschen Bank. Sie sahen sich allerdings nicht daran gehindert, umso entschiedenere Verdammungsurteile zu fällen. Dabei stützen sie sich vor allem auf Zeugenvernehmungen, die jedoch ihre eigenen Schwächen hatten. Im Hinblick auf die im

*OMGUS-Report* heftig kritisierten Auslandsgeschäfte der Deutschen Bank und die Rolle, die Hermann Josef Abs, der 1938 als Vorstandsmitglied in die Bank eintrat und Leiter der Auslandsabteilung wurde, spielte, ist zu bemerken, dass sich ein großer Teil der entsprechenden Aktivitäten auf Österreich und das Sudetenland nach dem jeweiligen »Anschluss« bezog. Das wirft die Frage auf, ob die Deutsche Bank ihre Geschäfte nur in den Grenzen von 1937 hätte betreiben sollen?

Gleichwohl wird der Deutschen Bank zum Beispiel vorgeworfen, dass sie mit zwanzig Mann in Wien angekommen sei, um zu »rauben«, indem sie die Creditanstalt (CA), die überwiegend der (dann nicht mehr existenten) Republik Österreich gehörte, übernehmen wollte. Tatsächlich war das aber nicht möglich, weil die Aktien auf das Reich übergangen. Das vom ihm übernommene Paket in Höhe von 78 Prozent des Aktienkapitals blieb nicht bei der immer stärker nazifizierten Reichsverwaltung, sondern kam zur reichseigenen VIAG (Vereinigte Industrieunternehmungen AG), die davon 25 Prozent an die Deutsche Bank abgab, nachdem auch noch eine gemeinsame Stimmrechtsausübung beschlossen worden war. Diesen Sachverhalt will nicht jeder als »Raub« qualifizieren.

Darüber hinaus ging es bei der Auslandstätigkeit der Deutschen Bank vor allem um das Verhältnis zu einigen westeuropäischen Banken, vor allem zu der damals mächtigen Brüsseler Banque de la Société Générale, sowie um die Interessen, die diese westeuropäischen Institute in Ostmitteleuropa hatten – Industriebeteiligungen in der Tschechoslowakei, in Polen und Jugoslawien. Es gibt die Auffassung, dass es sich bei diesen Transaktionen nicht um Raub und Plünderung handelte, sondern um »faire, der Situation angemessene Regelungen«. Zur Begründung wird folgende Überlegung herangezogen: Wenn nämlich die westlichen, insbesondere die französischen, Besitzer und Anteilseigner überzeugt gewesen wären, von Abs in dieser Weise behandelt worden zu sein, wie ihm im *OMGUS-Report* vorgeworfen wird –

einschließlich der als »absurd« empfundenen Arisierungsvorwürfe –, bedürfte es keiner besonders starken Fantasie, um sich das traurige Ende der Karriere von Abs im Jahre 1945 auszumalen.

Wie auch immer: Am 15. Februar 1938 fand im Berliner Hotel Esplanade ein Fest statt, an das sich viele der Eingeladenen, führende Vertreter der Berliner Finanzwelt, noch jahrzehntelang erinnern sollten. Gastgeber war der bis dahin notorisch sparsame Bankier Hermann Josef Abs, der hier seine Berufung in den Vorstand der Deutschen Bank angemessen feiern wollte. Abs (»A wie Abs, B wie Abs, S wie Abs«) verglich seine vorherige Tätigkeit als Privatbankier mit einer Tätigkeit als Organist an einer Zweimanual-Orgel mit 36 Registern. Den schlechter bezahlten Posten bei der Deutschen Bank verglich er hingegen mit einer Stelle als Domorganist mit einer wundervollen Orgel mit fünf Manualen und 72 lebenden Registern. Mit der Sehnsucht eines Orgelspielers nahm Abs seine Berufung an – das größere Instrument schien ihm angemessener.

In der Tat gehörte das Auslandsgeschäft traditionell zum Kernbereich der Aktivitäten der Deutschen Bank; die Finanzierung des deutschen Außenhandels war nach ihrem Gründungsstatut sogar ihr Hauptbetätigungsfeld. Die »Deutsche« war als erste Aktienbank in Berlin und zweite in Preußen überhaupt im Jahr 1870 vornehmlich von Berliner Privatbankiers gegründet worden. Initiator war Adelbert Delbrück, der Chef des Bankhauses Delbrück, Leo & Co. Unter der Leitung des ersten Vorstandssprechers Georg von Siemens hatte sich die Deutsche Bank rasch von den Intentionen ihrer Gründer befreit und begann ihren Weg zur »Universalbank«. Als solche nahm sie bald eine führende Position im deutschen Bankwesen ein. Nach der Fusion mit der Disconto-Gesellschaft rückte sie 1929 sogar an die erste Stelle und blieb seither die größte der deutschen Universalbanken.

Für lange Zeit war fortan die enge Verbindung ökonomischer und nationaler Zielsetzungen maßgeblich, so wie sich dies schon

in der Namensgebung widerspiegelt. Im beginnenden Zeitalter der Hochindustrialisierung und der sich entfaltenden Weltwirtschaft übernahm die Deutsche Bank eine tragende Rolle bei der außerordentlichen Expansion der deutschen Wirtschaft. Sie kam durch die Verbindung des Außenhandelsgeschäfts mit dem Einlagengeschäft und einer dynamischen in- und ausländischen Emissions- und Gründungstätigkeit zustande. Die Deutsche Bank sicherte seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nicht nur die Finanzierung einiger weltweit tätiger deutscher Großunternehmen, sie hatte auch eine bedeutende Stellung im internationalen Finanzierungsgeschäft inne mit umfangreichen Engagements in Nord- und Südamerika, in Mittel- und Südosteuropa sowie im Vorderen Orient. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde sie anlässlich einer Kapitalerhöhung auf 250 Millionen Mark bereits als die »größte Bank der Welt« gerühmt. Natürlich war dieser rasante Aufstieg nur in enger Verbindung mit der imperialen Politik des deutschen Kaiserreichs möglich, auch wenn die Führung der Bank immer wieder betonte, dass sie sich bei der Verfolgung ihrer Geschäfte stets gegen Versuche unmittelbarer politischer Einflussnahme zur Wehr gesetzt hätte.

Der Zusammenbruch des Kaiserreichs nach dem Ersten Weltkrieg ließ die Beziehungen der Deutschen Bank in alle Welt natürlich nicht unberührt. Die Fusion mit der Disconto-Gesellschaft diente unter anderem dem Ausgleich der Verluste, die durch die tiefe Krise der Nachkriegswirtschaft entstanden waren. Insgesamt entsprach die geschäftliche Situation der Deutschen Bank der damaligen prekären Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft. Im Jahre 1932 zeichnete sich zwar eine gewisse wirtschaftliche Erholung ab; die Konsolidierung des Bankgeschäfts verlief aber immer noch sehr zögerlich. Das lag zum Teil daran, dass der deutsche Kapitalmarkt mit der steigenden Liquidität der Unternehmen und der wachsenden Bedeutung öffentlicher Kreditgeber in der Lenkungswirtschaft des Dritten Reichs an Volumen einbüßte. Die Außenhandelsfinanzierung entwickelte sich

ebenfalls stark rückläufig. Die Deutsche Bank hatte bis dahin den Großteil ihrer ehemaligen ausländischen Filialen und Affiliationen verloren. Sie war durch die Mark-Entwertung und den anhaltenden Liquiditätsmangel zum Rückzug aus ihren Auslandsinvestitionen genötigt, die ohnehin schon in erheblichem Umfang im Zuge der Geltendmachung von Reparationsansprüchen beschlagnahmt worden waren.

Die Rückkehr zum Auslandsgeschäft auf dem Niveau vor dem Ersten Weltkrieg war durch die seit der Bankenkrise anhaltende Beeinträchtigung der deutschen Kreditfähigkeit im Ausland sehr schwierig geworden. Die Manövrierfähigkeit der Banken wurde außerdem durch die politische Entwicklung zunehmend eingeschränkt. Es war auch der Handlungsspielraum bei den Stillhalterverhandlungen betroffen, in denen um die Offenhaltung der alten Kreditlinien und eine sukzessive Tilgung der Auslandsschulden gerungen wurde. Dabei ging es um Perspektiven für die Wiedergewinnung der früheren Rolle Deutschlands und des deutschen Kapitalmarkts in der sich langsam erholenden Weltwirtschaft.

Aus der Perspektive der nationalsozialistischen Wirtschafts-ideologie war die damalige Wirtschaftskrise die Folge des Scheiterns der privaten Marktwirtschaft und ein Beleg für die Schuld des Kreditgewerbes. In der Bankenwelt war man dagegen davon überzeugt, dass es sich um einen vorübergehenden anormalen Zustand handelte, der aus dem Zusammenbruch des internationalen Kreditverkehrs resultierte. Die von der Deutschen Bank intendierte Wiederbelebung der globalen Geschäftsbeziehungen war allerdings mit einem System schwer vereinbar, das eine starke europäische Großraumwirtschaft unter deutscher Vorherrschaft anstrebte und mit zunehmender Gewalt durchzusetzen versuchte.

Doch zunächst noch einmal zurück zum *OMGUS-Report*: Im Jahr 1970 war der Bericht in einer Publikation des DDR-Schriftstellers Eberhard Czichon über Abs und die Deutsche Bank ver-

wandt worden. Gegen das Buch *Der Bankier und die Macht* war Abs gerichtlich vorgegangen, hatte obsiegt und die Einziehung des Werks erreicht. Seitdem waren aus der DDR keine weiteren nennenswerten Attacken erfolgt. Im Gerichtsverfahren kam es im Hinblick auf die Arisierungsvorwürfe zu klaren gegenteiligen Aussagen. Darauf weist der Herausgeber des *OMGUS-Reports* zwar hin, es bleibt aber die Frage, was das für eine Haltung ist, die widerlegten Anschuldigungen wieder abzudrucken und sie nur am Ende des Berichts mit einer kleinen Anmerkung zu versehen. Ein derartiges Verfahren könnte man in der Tat nicht als Zufall, sondern als Methode empfinden. Der *OMGUS-Report* wird daher nicht als erstrangige historische Quelle anerkannt. Er habe lediglich für die Beurteilung der frühen US-Besatzungspolitik Quellenwert. Henning Köhler behauptet, dass weder die Banken im Allgemeinen noch die Deutsche Bank im Besonderen im Dritten Reich herausragende Positionen innegehabt hätten. Doch musste er schon 1986 einräumen, dass Banken eine immer wichtigere Rolle im Wirtschaftsleben spielen. Sie üben viel Macht aus, werden aber selbst nur unvollkommen kontrolliert. Die kritische Beobachtung der Banken »und ihrer Politik« sei daher eine Notwendigkeit. Dieser Aufgabe werde der *OMGUS-Report* aber in keiner Weise gerecht.

Die zuletzt zitierten Gedanken mögen einen Übergang bilden, um sich mit der Rolle der Deutschen Bank in einer Welt zu beschäftigen, die sich in vielerlei Hinsicht von den Verhältnissen vor, während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet. Es geht im Folgenden nicht um die Klärung zeitgeschichtlicher Kontroversen, schon gar nicht um »Vergangenheitsbewältigung«. Dennoch erfordert die Analyse der gegenwärtigen Lage der Deutschen Bank zunächst einen Blick zurück, wenn auch mit einem ganz anderen Zeithorizont. Zum Anliegen dieses Buchs gehört unter anderem der Versuch herauszufinden, ob die Deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung ist oder sich mit ihrer Geschäftspraxis der Muster Organisierter Kriminalität (OK) be-

dient und sich in einem erweiterten Sinn in eine der wirkungsmächtigsten Mafia-Organisationen der neueren Geschichte verwandelt hat. Neben dem Gebaren der Deutschen Bank auf den Finanzmärkten gilt dabei den jüngsten Vorwürfen der Geldwäsche und der schon lange überfälligen Einführung einer Unternehmensstrafe in Deutschland besondere Aufmerksamkeit.

Das Verhalten der Deutschen Bank zeigt in besonders eindrucksvoller Weise, welche Versäumnisse der deutschen Rechtspolitik (nicht nur) auf diesen Gebieten anzulasten sind. Die geltende Rechtslage und der Unwille verantwortlicher Politiker zu sachgerechten Änderungen sowie die Unfähigkeit von Strafverfolgungs- und Aufsichtsbehörden zur nachhaltigen Unterbindung und Verfolgung gemeinschädlicher und höchst schadensträchtiger koordinierter, also organisierter Rechtsbrüche durch sehr qualifizierte Tätercliquen in der Finanzbranche und ihrer Handlanger in der Politik zeigen, vor welchen existenziell bedrohlichen Herausforderungen die Wirtschaftsordnung und die Gesellschaft insgesamt stehen. Ausmaß und Qualität der Verrottungsprozesse lassen sich an den »Eliten« in Wirtschaft und Politik ablesen. Besonders unangenehm könnte allerdings die Einsicht sein, dass wir alle nur das bekommen, was wir verdienen. Es ist indessen nicht auszuschließen, dass Verblödungsprozesse, die von bildkonzentrierten Massenmedien und Sprechblasen absondernden Politikern befördert werden, und eine flächendeckende geistige Korrumpierung durch eine »Geiz-ist-geil-Mentalität« die Einsicht in die eigene Verantwortung und die Folgen systemischen Versagens schon unmöglich gemacht haben.

Durch die fortschreitende Erosion des Rechtsbewusstseins auf den höchsten Ebenen des Finanzmanagements wird eine allgemeine gesellschaftliche Dekadenz befördert, in der jeder sich so lange als »cool« empfindet, wie er bei der Verwirklichung seiner egoistischen Erfolgsstrategie reüssiert und sich mit hedonistischem Schwachsinn seinen mehr oder minder anspruchsvollen Freizeitvergnügungen widmen kann. Die Forderung des ehema-

ligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, des Eidgenossen Josef Ackermann, dass die Deutsche Bank eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent erreichen müsse, hatte immerhin eine öffentliche Diskussion ausgelöst. Der damalige Vorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Wolfgang Huber, sprach in diesem Zusammenhang von einem »Götzendienst des Geldes« und forderte von Ackermann »mehr Bescheidenheit«. <sup>4</sup> Wenig später entschuldigte sich dieser Geistliche aber für die Nennung von Ackermanns Namen: Es gehe nicht darum, einen einzelnen Menschen zu kritisieren. <sup>5</sup>

Ackermann hatte wohl eine (eher zu erreichende) Eigenkapitalverzinsung vor Steuern gemeint, während die Öffentlichkeit diese Kennzahl hingegen teils ähnlich wie die Umsatzrendite eines Industrieunternehmens interpretierte, die in der Tat regelmäßig deutlich unter 5 Prozent liegt. Bischof Huber hätte sich jedoch auch noch aus einem anderen Grund mit der Person Ackermann beschäftigen können: Der wollte nämlich die Ertragskraft seines Hauses auf ein nach seinen Angaben international übliches Niveau bringen und kündigte im Jahr 2005 auf einer Pressekonferenz weiteren Personalabbau an, obwohl er auf der gleichen Veranstaltung von einer außerordentlich positiven Ertragsentwicklung berichtete.

Wie auch immer: Es zeigt sich, dass Deutschland von seinen Führungseliten alles erwarten kann – nur nicht immer eine halbwegs realistische und sachkundige Einschätzung der Lage und die hinreichende Beachtung der Erfordernisse des Gemeinwohls. Bedauerlicherweise gibt es hierzulande aber weder das Interesse noch die Fähigkeit, sich der Zumutungen zu erwehren, die nicht nur aus dem Bankenbereich an sie herangetragen werden.

Die folgenden Ausführungen sollen zeigen, dass ein derartiger Zynismus vielleicht doch nicht das letzte Wort sein muss. Aus gegebenem Anlass sei betont, dass bei allen genannten (und noch nicht genannten strafrechtlichen) Untersuchungen gegen Mitarbeiter der Deutschen Bank stets die Unschuldsvermutung gilt.

Soweit konkrete Vorwürfe, beispielweise, aber nicht allein im Bereich der Geldwäsche, zitiert werden, geben sie den Inhalt öffentlich zugänglicher Quellen wieder, deren Inanspruchnahme die ordnungsgemäße Klärung bestimmter Vorwürfe durch die zuständigen Behörden selbstverständlich nicht ersetzen kann, ein Hinweis der ebenfalls mehr als selbstverständlich ist, aber wegen der Möglichkeiten, die die Rechtsprechung zur »Verdachtsberichterstattung« der Deutschen Bank eröffnet, geboten ist.

## Schuld und Schande